

Dr. Ute Finckh-Krämer, Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung:

Mündliche Stellungnahme für die öffentliche Anhörung von Sachverständigen am 25.10.2006

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, sehr geehrte Damen und Herren.

Ich möchte mich zunächst kurz vorstellen. Ich bin Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung, eines friedenspolitischen Fachverbandes, der für aktive gewaltfreie Konfliktbearbeitung auf allen Ebenen der Gesellschaft eintritt. Also von Familie und Schule bis hin zum Handeln in internationalen Konfliktsituationen. Mein Verband ist zwar an internationalen Projekten in Konfliktgebieten beteiligt, aber nicht in Afghanistan. Von Beruf bin ich Mathematikerin, derzeit im Bereich der Informationstechnik tätig.

Gewaltfreiheit stellt für meinen Verband sowohl ein Ziel als auch ein Mittel dar. Vor der Überlegung, welche Mittel in der Bearbeitung eines Konflikts eingesetzt werden können, steht für uns die Analyse des Konflikts. Wer sind die Akteure, welche Stärken und Schwächen haben sie, was sind ihre Interessen und Bedürfnisse, Einstellungen und Werte, mit welchen strategischen und taktischen Mitteln und welchen Methoden verfolgen sie ihre Ziele, wie nehmen sie sich selber wahr und wie die anderen Akteure. Ich gehe davon aus, dass sowohl im BMVg als auch im DIE oder bei der Welthungerhilfe Verfahren zur Konfliktanalyse eingesetzt werden, wenn auch vielleicht mit etwas anderen Schwerpunktsetzungen als in meinem Bereich. Auch in politischen Auseinandersetzungen sind solche Analysen üblich – fragen Sie einen Wahlkampfmanager Ihres Vertrauens.

Beim Durcharbeiten der Fragen zur heutigen Anhörung ist mir aufgefallen, dass sich keine einzige Frage auf die Analyse des Konflikts und der Konfliktparteien bezieht. Es geht allein um ein Mittel – die zivil-militärische Zusammenarbeit. Ich möchte deswegen am Beispiel Afghanistan mit einigen Stichworten zum Konflikt, den verschiedenen Akteuren und ihren Interessen beginnen und dann vor diesem Hintergrund das Mittel zivil-militärische Zusammenarbeit bewerten. Zuletzt möchte ich auf einige grundsätzliche Probleme, die sich bei Anwendung dieses Mittels unabhängig von der konkreten Situation stellen, eingehen.

Beginnen wir mit den Akteuren. Da haben wir nationale Akteure – die Bevölkerung und lokale Machthaber, die Neo-Taliban, die afghanische Zentralregierung. Dazu die Stammesführer aus dem halb-autonomen Grenzgebiet zu Pakistan. Und die internationalen Akteure: Einerseits die militärischen – die Streitkräfte von „Enduring Freedom“ und die als Friedenstruppe unter UN-Mandat, aber NATO-Befehl agierenden Streitkräfte der ISAF, die seit dem „Umflaggen“ von US-amerikanischen Einheiten Anfang dieses Monats zahlenmäßig die Koalitionstruppen übersteigen. Weitere Akteure sind die Regierungen der Länder, die zu den jeweiligen Truppenkontingenten betragen. Es gibt Interessen der Regierungen bzw. Machthaber der Nachbarländer. Und die von staatlichen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, von internationalen Organisationen wie dem UNDP und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – und schließlich die der zahlreichen NGOs.

Ebenso zahlreich wie die Akteure sind deren Interessen und Strategien. Für unser Thema im Vordergrund stehen: die Überlebensinteressen der Bevölkerung, die größtenteils in bitterster Armut lebt, nicht nur von Krieg und Bürgerkrieg, sondern auch von Hunger und Krankheiten bedroht, mit hoher Sterberate. Und die Interessen bzw. Strategien der militärischen und staatlichen Akteure, die Sicherheitsbelange, Aufbau des Zentralstaats und die Bekämpfung von Drogenanbau und als terroristisch eingestuft Gruppen als vorrangig ansehen.

Die Situation in Afghanistan ist nach einer ausführlichen aktuellen Studie des in London ansässigen Think-Tanks SENLIS Council durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

- Die Streitkräfte von „Enduring Freedom“ und der ISAF können nicht zwischen Neo-Taliban, ihren Unterstützern und „normaler“ Zivilbevölkerung unterscheiden, die lokale Bevölkerung aber wohl. Umgekehrt kann die Bevölkerung Afghanistans nicht zwischen den verschiedenen Streitkräften und ihren unterschiedlichen Zielsetzungen unterscheiden, weiß also z.B. nicht, dass bestimmte US-Truppen oder britische Truppen Mohnfelder abbrennen, deutsche ISAF-Truppen aber nicht. Sie haben – durch den Einsatz diverser Spezialkräfte, zu denen auch Kräfte der deutschen KSK gehören, und wegen der zunehmenden Vermischung ziviler und militärischer Aktivitäten – auch zunehmend Schwierigkeiten, zwischen Hilfsorganisationen, staatlich-zivilen Aufbauhelfern und Soldaten zu unterscheiden.
- Die afghanische Bevölkerung nimmt wahr, dass die eigene Regierung praktisch nicht dazu in der Lage ist, ihre elementarsten Grundbedürfnisse zu erfüllen und dass die zahlreichen internationalen Akteure dazu auch nur örtlich oder zeitlich begrenzt beitragen.
- Die afghanische Bevölkerung nimmt auch wahr, dass die zentralstaatlich-afghanischen und die ausländischen Akteure Eigeninteressen verfolgen, die – im Extremfall auf für sie lebensbedrohliche Art und Weise – ihren eigenen Interessen und Grundbedürfnissen widersprechen. Sie erleben täglich das, was wir aus Statistiken und Zahlen ablesen können: Dass mit Abstand am meisten Geld (von 2001 bis 2006 aus dem US-Haushalt insgesamt über 80 Milliarden \$, dazu geringere Beträge aus anderen Ländern) in die Militäroperationen von „Enduring Freedom“ fließt. Dass auch in den US-Mitteln, die als „Development“ klassifiziert werden (gut 7 Milliarden \$ im gleichen Zeitraum), Antidrogen- und Antiterrorkampfmaßnahmen einen Schwerpunkt bilden.
- Die wichtigsten Bedürfnisse der Menschen werden auf lokaler Ebene erfüllt. Wir lernen hierzulande gerade, welche Folgen es hat, wenn kommunale Strukturen nicht mehr funktionieren. In armen Ländern ist die Abhängigkeit von lokalen Strukturen ungleich höher als in Industrieländern.
- Jede nicht nur kurzfristig wirksame Hilfeleistung setzt ein Anknüpfen an den Erfahrungen der Menschen, den vorhandenen Strukturen, Fähigkeiten und Kapazitäten voraus. Diese zentrale Erkenntnis der EZ wurde in Afghanistan sträflich vernachlässigt.

Die SENLIS-Studie macht zahlreiche konkrete Vorschläge. Dazu gehört ein einziger Vorschlag, der in Richtung zivil-militärischer Zusammenarbeit geht: Ermöglichung von humanitärer Hilfe und Unterstützung von Hilfsorganisationen bei der Versorgung der Bevölkerung in den unmittelbaren Kampfgebieten mit Hilfsgütern und medizinischer Hilfe. Diese Empfehlung bezieht sich aber gerade nicht auf die Gebiete, in denen die Bundeswehr tätig ist, sondern auf die Regionen im Süden und Osten des Landes. Die Empfehlungen, die sich auf das ganze Land beziehen, raten zu einer Neuausrichtung des Wiederaufbaus an den grundlegenden Bedürfnissen der Armen, zur Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Planung und Durchführung des Wiederaufbaus und schlagen vor, demokratische Institutionen von der lokalen Ebene aus unter Berücksichtigung und ggf. Nutzung lokaler Systeme sozialer Kontrolle aufzubauen.

Es geht in Afghanistan derzeit also um eine grundlegende politisch-strategische Neuausrichtung der internationalen Akteure. Hierfür wäre eine intensive Zusammenarbeit notwendig, bei der militärisches, entwicklungs- und außenpolitisches Spezialwissen genutzt werden und eine Einigung über miteinander verträgliche Ziele und Methoden herbeigeführt werden muss. Dies fällt allerdings nicht unter die „zivil-militärische Zusammenarbeit“, über die wir heute reden. Diese konnte und kann die gravierenden Probleme, die sich aus einander widersprechenden Zielen und Handlungsweisen verschiedener Akteure in

Afghanistan ergeben haben, nicht abmildern, geschweige denn lösen.

Friedensprozesse erfordern mittelfristig ein gleichberechtigtes Fördern von Sicherheit, staatlicher Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung bzw. einer Basisversorgung der Bevölkerung mit überlebenswichtigen Dingen. In Afghanistan standen und stehen die ersten beiden Faktoren im Vordergrund, auf Kosten des dritten Faktors. Für das deutsche ISAF-Kontingent wird ein Vielfaches dessen ausgegeben, was an BMZ-Mitteln für den Aufbau in Afghanistan bereitsteht. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Sicherheitslage sich in diesem Jahr verschlechtert statt verbessert hat („nicht ruhig und nicht stabil“ auch im Einsatzgebiet des BW-ISAF-Kontingents). Zu den Hauptzielen der zunehmenden Anschläge gehören nationale und internationale Sicherheitskräfte und Regierungsvertreter. Die deutschen PRTs, arbeiten zwar mit einem eigenen Konzept, aber im Rahmen des NATO-Operationsplans für die ISAF. Aus diesem ergibt sich ein klarer Fokus auf Sicherheitspolitik inkl. der Unterstützung von Maßnahmen zur Reform des Sicherheitssektors (Militär und Polizei) und klassischer militärischer Präsenz- und Erkundungsaktivitäten.

Über die konkrete besonders komplexe Situation in Afghanistan hinaus zeigen sich einige grundsätzliche Probleme einer zivil-militärischen Zusammenarbeit im Sinne von CIMIC, die ich kurz skizzieren möchte:

- Die jeweiligen Konfliktparteien können nicht mehr klar zwischen (bewaffneten) Soldaten und (unbewaffneten) Zivilisten unterscheiden, daraus kann sich ein erhöhtes Risiko für die zivilen Fachkräfte ergeben, weil sie als potenziell bedrohlich wahrgenommen werden – oder weil eine Situation besteht, in der ausländische Soldaten und deren vermeintliche oder tatsächliche Unterstützer zu bevorzugten Anschlagzielen werden.
- Die zivilen Akteure sind in der Gefahr, nicht mehr als neutral wahrgenommen zu werden.
- Die zivilen Akteure werden von den militärischen Akteuren, mit denen sie im Rahmen von CIMIC oder PRTs zusammenarbeiten, abhängig. Sie müssen damit rechnen, dass für CIMIC vorgesehene Ressourcen aus militärischen Erwägungen heraus abgezogen werden, ohne dass sie auf diese Entscheidung Einfluss haben.
- Der aus militärischen Erwägungen heraus unabdingbare schnelle Wechsel des militärischen Personals steht im Widerspruch zur Erkenntnis, dass konkrete Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung für mehrere Jahre konstante Bezugspersonen braucht. Nicht umsonst betragen typische Einsatzzeiten in der Entwicklungszusammenarbeit zwei oder drei Jahre.
- Wer selber auf den Schutz durch Bewaffnete vertraut, kann nur schwer vermitteln, dass Bewaffnete ihre Waffen abgeben sollten. Und wer Soldaten mit Aufgaben betraut, die aus unserem Verständnis einer demokratischen Gesellschaft heraus zivile Aufgaben sind, kann nicht mehr vermitteln, warum im Einsatzland hierfür zivile Strukturen aufgebaut werden sollen.

Benutzte Quellen und Zitate/Stichworte daraus:

SENLIS-Studie: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban.

http://www.senliscouncil.net/modules/publications/014_publication/

CRS Report for Congress: The cost of Iraq, Afghanistan, and Other Global War on Terror Operations Since 9/11

<http://www.fas.org/sqp/crs/natsec/RL33110.pdf> eingesehen am 20.10.2006

S. 13: Angabe von 88 Milliarden US-\$ als Schätzung für die US-Gesamtkosten für Operationen in Afghanistan in den HH-Jahren 2001 – 2006 („war-related funds appropriated for defence, foreign operations and VA medical costs“)

S. 17: Davon entfielen 7,4 Milliarden auf „Foreign and Diplomatic Funds“ (Wiederaufbau, Training von Sicherheitskräften, Wirtschaftshilfe, Antidrogenkampf, Antiterrorkampf, Justizsektor, Katastrophenhilfe etc.)

UNDP Country Programme Action Plan 2006 . 2008 für Afghanistan

http://www.undp.org.af/media_room/archives/key_docs/docs/UNDP_Afg_CPAP_2006_2008.pdf

S. 5/6: Von 23 Millionen Einwohnern leben 70% unter der Armutsgrenze von 2\$/Tag. Durchschnittliche Lebenserwartung 44,5 Jahre (etwa 20 Jahre unter der der Nachbarländer). Müttersterblichkeit eine der höchsten der Welt, Rang 173 von 178 im „Human Development Index“.

S. 7: Ungleiche Verteilung der Entwicklungshilfe zwischen Kabul und dem Rest des Landes.

Afghanistan-Informationen des AA:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/HumanitaereHilfeUndWiederaufbau.html>

„250 von 1000 Kindern erreichen das 5. Lebensjahr nicht“

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Bilateral.html#t7>

Informationen zur „Führungsrolle Deutschlands beim Wiederaufbau der afghanischen Polizei“

Webseite des BMZ zu Afghanistan:

<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit.html>

„Auf den Konferenzen in Tokio (2002) und Berlin (2004) hat Deutschland für den Zeitraum von 2002 bis 2008 pro Jahr 80 Millionen Euro für den Wiederaufbau zugesagt. Davon entfallen jährlich etwa 50 Millionen Euro auf die Leistungen des BMZ.“

Bundeswehr-Beschreibung von CIMIC in Afghanistan:

<http://www.streitkraeftebasis.de>

„Polizeistationen in Afghanistan

Die deutschen CIMIC-Kräfte der International Security Assistance Force (ISAF) sind besonders bei der Schaffung von Infrastruktur für die afghanische Polizei gefordert, da Deutschland "Leadnation" für den Aufbau funktionierender Polizeistrukturen in Afghanistan ist. So wurden bislang 10 Projekte polizeilicher Infrastruktur abgeschlossen – beispielsweise durch die Sanierung von Polizeistationen. Außerdem werden unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der eingesetzten Soldaten ("Force Protection") Projekte im Bereich der sozialen Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser durchgeführt. Beim regionalen Wiederaufbauteam (Provincial Reconstruction Team/PRT) in Kunduz trägt CIMIC zur Erstellung eines zivilen Lagebildes bei. Außerdem werden zum Schutz der Soldaten und zur Unterstützung der Bevölkerung kleine, unmittelbar durchführbare Projekte (Quick Impact Projects) verwirklicht. Der eigentliche Wiederaufbau fällt in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.“

Supreme Headquarters Allied Powers Europe: Operationsplan SACEUR 10302 (überarbeitete Fassung 1) ISAF vom Dezember 2005 (nicht im Internet verfügbar).

Stellungnahme zu den Fragen der Abgeordneten Koczy und Hänsel

1. Das Prinzip der Subsidiarität bestimmt, dass CIMIC-Projekte nur dann durchgeführt werden, wenn sich kein ziviler Träger findet. Inwiefern wird dieses Prinzip eingehalten? Worin liegen die Schwierigkeiten?

Hierzu verfüge ich über keine eigenen Information.

2. Funktioniert die vereinbarte klare Drei-Säulen-Trennung von militärischen, außenpolitischen und entwicklungspolitischen Elementen in der Praxis? Wie wird trotz Trennung eine Kohärenz dieser Elemente gewährleistet?

Auch dazu kann ich keine Angaben machen.

3. CIMIC-Maßnahmen verfolgen als flankierende Leistungen das Ziel der Erhöhung der lokalen Akzeptanz der Truppen. Wurde dieses Ziel erreicht?

Dito

4. Stichwort „fehlende Nachhaltigkeit“: Der Schwerpunkt der CIMIC in Afghanistan liegt im Aufbau der afghanischen Polizei. Welche Fortschritte gibt es in diesem Bereich? Warum wird diese Tätigkeit als „nicht nachhaltig“ bezeichnet?

Ein Blick auf die Darstellung des Themas auf <http://www.streitkraeftebasis.de> ergibt, dass dort im CIMIC-Rahmen „Projekte polizeilicher Infrastruktur“ durchgeführt wurden – „beispielsweise durch die Sanierung von Polizeistationen“. Das hat mit Nachhaltigkeit in der Tat nichts zu tun (mit dem Aufbau der afghanischen Polizei auch nur begrenzt).

Die eigentlichen Aktivitäten zum „Aufbau der afghanischen Polizei“ finden nicht unter dem Dach von CIMIC statt (Koordinator hierfür ist das AA).

5. Wie bewerten Sie die Vorbehalte gegenüber der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die daran anknüpfen, dass das Militär sich nicht auf seine originären Aufgaben beschränke und sogar als Konkurrentin zu den Durchführungsorganisationen der EZ auftrete? Welche diesbezüglichen Erfahrungen gibt es in Afghanistan?

Vgl. meine Antwort auf die Fragen 4, 6 und 7 der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel.

6. Die Süddeutsche Zeitung vom 11.10. zitiert Bewohner der afghanischen Provinz Bamian mit den Worten: „Wir sind die Opfer unseres Friedens.“ Inwiefern ist festzustellen, dass Regionen, die nicht im Mittelpunkt bewaffneter Konflikte stehen, durch die zunehmende Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik aus dem Blickpunkt der Aufbauhilfe geraten? Wie (mit welchen Vorschlägen) reagieren die Durchführungsorganisationen der deutschen EZ auf diese Situation?

Zur ersten Frage ist zu sagen, dass in den Regionen, die derzeit im Mittelpunkt der Kämpfe stehen, insgesamt nach Angaben des SENLIS Council nicht mehr, sondern weniger Aufbauarbeit und humanitäre Hilfe möglich ist als in den nicht umkämpften Regionen. Nach Angaben des UNDP wird eher ein Ungleichgewicht zwischen Kabul und dem Rest des Landes beklagt.

Zur zweiten Frage kann ich dementsprechend nichts sagen.

7. Inwiefern lässt sich nach Einschätzung der Sachverständigen ein Zusammenhang zwischen der hohen Gefahrenlage für Entwicklungshelfer und der Verzahnung der Aufbauhilfe mit sicherheitspolitischen und strategischen Erwägungen herstellen?

Es besteht ganz eindeutig ein direkter Zusammenhang. Insbesondere, aber nicht ausschließlich durch die als Kombattanten auftretenden Streitkräfte, die im Rahmen von „Enduring Freedom“ operieren und die für die BewohnerInnen nicht klar von den ISAF-Kräften unterscheidbar sind.

8. Welche Erfahrungen haben EZ-Organisationen mit dem Militärschutz gemacht? Welche Vor- oder Nachteile hat es, statt des Militärschutzes auf den Schutz privater Sicherheitsdienste zurückzugreifen?

Zur ersten Frage habe ich keine Informationen. Die Antwort auf die zweite Frage hängt davon ab, ob ausländische private Sicherheitsdienste gemeint sind oder lokale Bewaffnete.

Im ersten Fall sehe ich nur Nachteile: Es gibt keinerlei Standards für Ausbildung und Vorbereitung solcher Kräfte, es ist unklar, wem sie eigentlich verantwortlich sind, und sie haben klare Eigeninteressen, die sich von denen der übrigen Akteure – die schon kompliziert genug sind – unterscheiden.

Im zweiten Fall wäre ein möglicher Vorteil, dass damit eine legale Verdienstmöglichkeit für ehemalige Kombattanten entstehen würde. Auch Orts- und Kulturkenntnis kann vorausgesetzt werden. Die Nachteile bestehen darin, dass damit das Ziel, in Afghanistan ein staatliches Gewaltmonopol herzustellen, gefährdet wird und damit auch der Wiederaufbau des Polizeisystems, der unter deutscher Federführung stattfindet.

9. Wäre es nach Einschätzung der Sachverständigen möglich, die Aufbauprogramme in Afghanistan rein zivil, also ohne militärischen Schutz, durchzuführen? Gibt es entsprechende Erfahrungswerte hinsichtlich der Sicherheitslage und Akzeptanz der zivilen Helfer/innen aus einzelnen Regionen, in denen kein militärischer Schutz gegeben ist?

Wenn diese Frage darauf abzielt, ob die derzeit bestehenden Aufbauprogramme auch bei einem kurzfristigen Abzug der ISAF weitergeführt werden könnten – das müsste in Bezug auf jedes einzelne Programm und jede einzelne Region geprüft werden. Die Beantwortung der zweiten Frage hängt m.E. eher von der Konzeption des jeweiligen Hilfsprojektes als von der Region ab. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Tatsache, dass in Kundus bis 2003 zivile Aufbauprojekte ohne militärischen Schutz und ohne dass beteiligte AufbauhelferInnen zu Schaden kamen, durchgeführt wurden.

10. Haben die Sachverständigen Kenntnis von Situationen, in denen Entwicklungshelfer/innen als Informationszuträger/innen für das Militär in Anspruch genommen wurden, und wie sollen die Durchführungsorganisationen gegebenenfalls mit solchen Situationen umgehen?

Zur ersten Frage kann ich keine Auskunft geben. Zur zweiten verweise ich auf die Praxis des forumZFD, das für seine Friedensfachkräfte eine Informationsweitergabe an Militärs grundsätzlich ablehnt, weil dies von den einheimischen Partnern in der Regel als Vertrauensbruch angesehen wird und die Wahrnehmung der Friedensfachkräfte als vom Militär unabhängige Akteure gefährdet.

Stellungnahme zu den Fragen der Abgeordneten Riemann-Hanewinkel und Weigel

11. Wie hat sich das Verhältnis von Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren verändert?

Wenn man Sicherheitspolitik im Sinne von „Human Security“ und nicht im Sinne von territorialer Sicherheit betrachtet, wurde seit 1998 durch die Etablierung des Zivilen Friedensdienstes als Fachdienst im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiger Schritt getan, um menschliche Sicherheit als zentrale Aufgabe der EZ zu verankern. Auch die Erarbeitung und Veröffentlichung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung im Jahr 2004, die Bestellung eines Beauftragten hierfür und die Einrichtung des entsprechenden Ressortkreises haben dazu beigetragen, die Wechselwirkung zwischen Sicherheit und Entwicklung aufzuzeigen und den Weg für Maßnahmen und Projekte, die diese Wechselwirkung berücksichtigen, frei zu machen. Hier bleibt allerdings noch viel zu tun.

12. Welche unterschiedlichen Optionen stehen grundsätzlich für die Ausgestaltung des entwicklungspolitisch-militärischen Verhältnisses zur Verfügung?

Grundsätzlich gibt es – ohne eine Bewertung vorzunehmen – vier Optionen:

Erste Option: Klare Trennung

Zweite Option: Gleichberechtigte Zusammenarbeit da, wo gemeinsame Ziele identifiziert werden können

Dritte Option: Zusammenarbeit zur Verwirklichung entwicklungspolitischer Ziele unter klarer Führung der EZ

Vierte Option: Zusammenarbeit zur Verwirklichung militärischer Ziele unter klarer Führung des Militärs

13. Welche neuen Schnittstellen zwischen militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit sind entstanden?

Vgl. Antwort zu 1., zusätzlich CIMIC und PRTs (ohne Bewertung)

14. Wie schätzen Sie – vor diesem Hintergrund – die Chancen und Grenzen des bestehenden Instrumentariums von CIMIC ein? Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie, dieses Instrumentarium weiter zu entwickeln und zu optimieren?

CIMIC ist aus meiner Sicht ein falscher Ansatz, weil das Hauptziel, die Sicherheit und Akzeptanz des Militärs zu erhöhen, mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen nichts zu tun hat. Dazu kommt die Tatsache, dass der ständige Wechsel des militärischen Personals und ihre verglichen mit entwicklungspolitischen Akteuren völlig unzureichende Ausbildung in interkultureller Zusammenarbeit sowie konstruktivem Umgang mit Konflikten einen langfristig wirksamen Beitrag der militärischen Seite zur Verwirklichung entwicklungspolitischer Ziele unmöglich macht. Die militärische Ausbildung und Denkweise ist eher eine Hürde als eine Hilfe für Menschen, die sich in die Bedürfnisse und Nöte der Bevölkerung von Konfliktgebieten eindenken müssen, um dort wirksam Hilfs- oder Aufbauarbeit zu leisten. Ich sehe daher keinerlei Notwendigkeit, dieses Instrumentarium weiter zu entwickeln.

15. In wieweit ist die Strategie von CIMIC, durch vertrauensbildende Maßnahmen eine Sicherung des Truppenumfeldes zu erreichen, in der Vergangenheit erfolgreich gewesen?

Angesichts der Tatsache, dass die Sicherheitslage in Afghanistan sich derzeit dramatisch zuspitzt, sollte eher über die Gründe für diese Zuspitzung nachgedacht werden.

16. Wie bewerten Sie angesichts der besonderen Einsatzbedingungen in Afghanistan das deutsche Modell der PRTs als eine besondere Form von CIMIC?

Die deutschen PRTs sind eingebettet in das Konzept der PRTs, das in der Anlage 1 zum Operationsplan SACEUR 10302 beschrieben ist. Daher müsste zunächst gefragt werden, welche Ziele die PRTs erfüllen sollen und wessen Interessen damit verfolgt bzw. wessen Bedürfnisse damit befriedigt werden und wessen Interessen bzw. Bedürfnisse u.U. Schaden erleiden. In dem Augenblick, in dem bei der lokalen Bevölkerung bzw. den lokalen Machträgern der Eindruck entsteht, dass die von den PRTs tatsächlich oder vermeintlich verfolgten Ziele ihren Interessen oder Bedürfnissen entgegenstehen, wird die Arbeit sinnlos. Da, wo es gelingt, Projekte zu identifizieren, die im Interesse aller lokalen Akteure und Betroffenen sind, sollte eine rein zivile Trägerschaft vorgezogen werden – allein schon deswegen, weil sonst der – langfristig gesehen fatale – Eindruck entsteht, dass zivile Aufgaben in die Zuständigkeit von Soldaten fallen.

17. Wie wirkt sich die Präsenz der PRTs in Afghanistan auf die Arbeit der zivilen Entwicklungsorganisationen aus? Welche Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzsituationen sind unter Umständen vor Ort gegeben?

Die Beantwortung der ersten Frage muss ich dem Experten der Entwicklungshilfe überlassen.

Ansonsten bestehen die Instrumentalisierungsrisiken und Konkurrenzsituationen, die überall dort entstehen, wo mehrere Akteure mit unterschiedlichen Zielen aktiv sind. Unterschiedliche Ziele ergeben sich alleine schon dadurch, dass Militär und Entwicklungsorganisationen um staatliche finanzielle Ressourcen konkurrieren (wobei das Militär in der Regel erheblich größere Ressourcen erhält). Also ist insbesondere die Konkurrenz um öffentliche Wahrnehmung durch die Geldgeber bzw. die öffentliche Meinung des Entsendelandes zu nennen, die Überbetonung des Beitrags der jeweils eigenen Gruppe im Falle positiver Entwicklungen – und die Schuldzuweisung für Misserfolge an die jeweils andere. Wenn andere konkurrierende Ziele hinzukommen, ergeben sich daraus weitere Risiken. Auch und gerade dann, wenn diese Ziele nur implizit verfolgt werden (z.B. eigene Sicherheitsinteressen).

18. Welche Aufgaben sollten CIMIC-Einheiten übernehmen, wenn zivile Organisationen auf Grund fragiler Sicherheitsverhältnisse nicht tätig werden können?

Es wäre zunächst zu fragen, was die Ursachen der „fragilen Sicherheitsverhältnisse“ sind. Solange dies nicht geklärt ist, lässt sich auch nicht beantworten, was überhaupt geleistet werden kann, geschweige denn, welche Aufgaben von wem übernommen werden können.

19. Welche konkreten Schritte sind notwendig, die zu einer stärkeren Einbindung der PRTs in eine kohärente sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie führen?

Diese Frage setzt implizit voraus, dass es eine „kohärente sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Gesamtstrategie“ für Afghanistan gibt. Das ist jedoch ganz offensichtlich nicht der Fall.